

Wege zur Privatisierung des Bildungssystems

Das europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen TTIP aus bildungspolitischer Sicht

von Tino Brömme, Juni 2014



Es gibt für die Gesellschaft nichts zu gewinnen bei dem transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP, nicht auf dieser und nicht auf der anderen Seite des Ozeans. Die WDR-Sendung „Monitor“ konfrontierte den europäischen Handelskommissar Karel De Gucht mit den Fakten einer EU-eigenen Studie, die seine und Angela Merkels blumige Versprechen vom Jobwunder und Wirtschaftswachstum Lügen straft. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA, seit 1994 zwischen den USA, Kanada und Mexiko in kraft, wurde seinerzeit ebenso vollmundig angepriesen – es vernichtete über eine Million Arbeitsplätze und brachte Lohnneinbußen für viele Millionen weitere Beschäftigte in den Vereinigten Staaten.

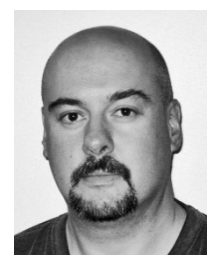
Die Gefahr, dass das Abkommen ohne öffentliche Mitsprache und ohne richtige Debatte im Europäischen Parlament ratifiziert wird, hat nun europaweit eine zivilgesellschaftliche Bewegung in Gang gebracht. Wie auch bei dem umstrittenen Anti-Piraterie-Abkommen ACTA, das durch massiven öffentlichen Widerstand gestoppt werden konnte, drängen Bürgerinitiativen jetzt drauf, dass Parteien, Verbände, Regierungen und Europarlamentarier zum TTIP Stellung beziehen.

Auch der Bildungsektor gehört zur Verhandlungsmasse. Und nicht nur beim TTIP, denn gleichzeitig wird ein weiteres neues Freihandelsabkommen namens TiSA hinter verschlossenen Türen ausgehandelt. Daran nehmen neben den USA und der EU knapp zwei Dutzend andere OECD-Länder teil, die sich den furchteinflößenden Namen „Gruppe der wahren Freunde der Dienstleistungen“ gegeben haben. Bei diesen Verhandlungen, die wie das TTIP unter strengster Geheimhaltung stattfinden, geht es um die Öffnung aller öffentlichen Dienstleistungen zugunsten von Privatunternehmen.

Die Befürchtungen, dass dies verheerende Folgen auch für die Bildung in Europa haben kann, finden nun Ausdruck in der Vorbereitung einer europäischen Petition. In einem offenen Brief haben die europäischen Bildungsgewerkschaften die Regierungen ihrer Länder aufgefordert, Bildung vollständig aus den Freihandelsabkommen auszunehmen. Mitte Mai sprach sich der DGB-Bundeskongress dafür aus, die TTIP-Verhandlungen auszusetzen. Kurz vor der Europawahl hat das Bündnis „TTIP unfairhandelbar“, dem über 50 NGOs angehören, 715.000 Unterschriften gegen die Freihandelsabkommen an die deutschen Spitzenkandidierenden für das Europaparlament überreicht.

Das ebenfalls noch schwebende europäisch-kanadische Handelsabkommen CETA enthält eine Sperrklausel („ratchet clause“), die besagt, dass Länder einmal privatisierte Bereiche nicht wieder verstaatlichen dürfen. In der Praxis hieße das: Wenn eine Regierung beschließt, den Bildungssektor des Landes ganz oder teilweise zu öffnen, würde das im Rahmen des Abkommens zu einer bindenden Verpflichtung werden. Die Möglichkeiten nachfolgender Regierungen solche Maßnahmen abzuschaffen, wären – selbst wenn sie mit dem Mandat ebendies zu tun gewählt würden – gravierend eingeschränkt und unterlägen der Zahlung hoher Abfindungen. „Dies bedeutet eine untragbare Einschränkung der Demokratie. Regeln für den kommerziellen Handel dürfen keinesfalls die Möglichkeiten der Regierung und der zuständigen öffentlichen Behörden einschränken, öffentliche Bildung von hoher Qualität bereitzustellen,“ so die Bildungsgewerkschaften.

David Robinson, Berater der gewerkschaftlichen Dachorganisation Education International, warnte auf einer Hochschulkonferenz in Irland vor einer weiteren Privatisierung und Kommerzialisierung des Bildungssektors, sollte das TTIP diesen für amerikanische Bildungskonzerne öffnen. Er wies auf eine amtliche Untersuchung über die unlauteren Praktiken dieser Branche hin, die nun auf der Suche nach neuen Märkten ist. Amerikanische Privathochschulen haben eine Abbruchrate von 64 Prozent und eine „unterdurchschnittliche Ausbildungsqualität“. 22 Prozent ihrer Ausgaben fließen in Marketing und nur 17 Prozent in die Lehre. Dabei ist das nur die Spitze des Eisbergs.



David Robinson

Die private Bildungsindustrie in den USA ist eine riesige faule, dem Platzen nahe Blase, so faul, dass der Börsenmakler Steve Eisman sie mit dem desaströsen Derivat Handel verglichen hat. Die Branche ist seit 2000 um das fünf- bis zehnfache angewachsen, 2009 hatte allein die Apollo-Gruppe 833 Mio. Dollar mehr Einnahmen als im Vorjahr. Ein Viertel der Bundesgelder nahm die Branche ein, obwohl sie nur ein Zehntel der Studenten betreut. Und wie betreut! Nur neun Prozent der Umsätze flossen nach Berechnungen Eismans in die Bildung selbst. Massives Lobbying in Washington und auf Regionalebene hat Kontrolle und Akkreditierung so verwässert, dass immer mehr Familien immensen Krediten und viele Studierende auf wertlosen Abschlüssen sitzen bleiben. Eisman warnte, dass ohne sofortige Regulierung in den nächsten 10 Jahren einer neuen Studentengeneration über 330 Mrd. Dollar Schulden aufgebürdet werden.

Inzwischen hat der amerikanische Kongress eine Untersuchung gegen die Bildungskonzerne eingeleitet, gegen die diese 2011 und 2012 vor Gericht zogen. Eine Klage gegen den Versuch der Regierung Obama, neue Regeln und Schutzmechanismen für Studenten einzuführen, war im Juli 2012 erfolgreich. Der Bildungsgewerkschaft UCU zufolge ist der britische Hochschulsektor eine strategische Priorität für einige US-Firmen, wie die kürzlich von Apollo erworbene Londoner Privathochschule BBP zeigt.



Frédéric Viale

In Frankreich fürchtet man noch Schlimmeres. Frédéric Viale von Attac France weist darauf hin, dass das Freihandelsabkommen vor allem die unwirtschaftlichen, parasitären Elemente des Marktes fördere, deren Hauptziel der Zugang zu Subventionen ist, die ihnen bisher durch

Qualitätsprüfungen und soziale Quoten verwehrt sind. „Es wäre der Anfang der vollständigen Privatisierung des Hochschulsektors, wenn der Staat gezwungen wäre, amerikanische oder kanadische Privatanbieter in gleichem Maße zu subventionieren wie einheimische Universitäten.“

Es wäre jedoch verfehlt, das Problem auf die USA zu projizieren. Viale erinnert daran, dass die EU seit Mitte der 80er Jahre auf die Privatisierung öffentlicher Dienste hinarbeitet. Der Ausschluss des Audiovisuellen Sektors aus den TTIP-Verhandlungen im vergangenen Jahr wurde vor allem durch Frankreich erwirkt und gegen den Widerstand Deutschlands, Großbritanniens und der EU selbst. In einem Konsultationspapier vom Januar fragte die EU die Mitgliedsstaaten, wie weit sie „Erwachsenenbildung“ und „andere Bildungsangebote“

zu liberalisieren bereit wären. Die USA habe „Interesse an diesen Bereichen signalisiert“, heißt es da. „Doch schon die Konsultation zeigt“, so Viale, „dass die EU den Bildungssektor ganz und gar nicht ausschließen, sondern im Gegenteil ins TTIP aufnehmen und weiter deregulieren möchte.“

Wie zum Beweis hat die EU jüngst ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Slowenien eingeleitet, weil sein Hochschulgesetz angeblich gegen die Europäische Dienstleistungsrichtlinie verstößt. Klemen Miklavič zufolge, der an der Universität Ljubljana über Bildungspolitik forscht, wurde das Verfahren ausgelöst, nachdem ein britischer Bildungsanbieter eine Filiale in Slowenien eröffnen wollte, deren Abschlüsse jedoch von den Behörden nicht anerkannt wurden. Während das Bildungsdirektorat der EU-Kommission die Klage gegen Slowenien mit dem Bestreben rechtfertigt, einen grenzüberschreitenden innereuropäischen Bildungsmarkt zu schaffen, sieht man in Slowenien nun die nationale Unabhängigkeit gefährdet.



Klemen Miklavič

Der slowenische Studentenverband ISKRA warnt, dass die nun anstehende Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen Slowenien „einen gefährlichen Präzedenzfall“ im Hinblick auf das TTIP schaffen könnte. „Es ist so ähnlich wie bei der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie 2006: Angeblich waren keine Bereiche allgemeinen Interesses eingeschlossen, und angeblich sollen sie auch im TTIP nicht verhandelt werden“, so Miklavič. Klauseln des „Investorenschutzes“ (ISDS) haben bereits weltweit zu millionenschweren Klagen von Konzernen gegen Staaten geführt. Sollten die ISDS-Klausel Eingang in das TTIP- oder TiSA-Abkommen finden, würden Staaten in Zukunft schon bei der Drohung einer Klage von Regulierungen – etwa zur Gleichstellung benachteiligter Gruppen, zur Einführung von Mindestlöhnen oder Qualitätsstandards – absehen.

Nichtregierungsorganisationen fordern deswegen nicht nur einen vollständigen Ausschluss der Bildung aus dem TTIP, sondern den Abbruch der Verhandlungen. Deutsche Hochschulen haben bisher vornehm hinter der Gardine zugeschaut. Es fragt sich, wann sie in der Debatte zum Schutz öffentlich finanzierter Dienste – zu denen sie gehören mit stattlichen Gehältern und Arbeitsverhältnissen – Position beziehen. So mancher Lehrer und Student ist der Ansicht, als von der Allgemeinheit unterhaltene Anstalten haben Hochschulen die heilige Pflicht, das Gemeingut Bildung vor Vermarktung und Privatisierung zu schützen.